

die „theologische Dimension“ (151) der Gottesmutter niemals richtig erfaßt wird. Maria ist nicht in demselben Sinne unsere Mutter wie die irdische Mutter eines kleinen und schutzbedürftigen Kindes. Unsere Beziehungen zu ihr sollen nicht von dem Modell der affektiven Beziehungen zwischen dem Kleinkind und seiner Mutter geprägt werden. Maria vermittelt uns nicht hauptsächlich Schutz im diesseitigen Leben, sondern die Geburt und das Wachstum des übernatürlichen Lebens. Manche Äußerungen der Marienverehrung, so bemerkt Oraison, tragen deutlich infantile Züge der hier angedeuteten Art. Sie sind mehr von Egoismus als von Hingabe bestimmt. Auch der Glaube an „unsere Mutter, die Kirche“ darf nicht in kindlichen Vorstellungen hängenbleiben. „Man kann nur in dem Maß, richtig verstanden, ein Kind der Kirche sein, als man nicht mehr das affektive Bedürfnis hat, Kind einer Frau zu sein“ (156). Die einfache Übertragung des Mutterbildes auf die Kirche durch das Kind kann sich sowohl in der Richtung auf ein rein passives Verhältnis zu ihr als einer Institution, die für uns zu sorgen hat und deren man sich in der Not bedient, entwickeln, wie auch im Gegenteil in Interesselosigkeit, Kritiksucht und Oppositionsgeist umschlagen, wenn man sich in infantilem Sorgebedürfnis von ihr enttäuscht fühlt. Auch pädagogisch muß also die zentrale Glaubenswahrheit über die Kirche, nämlich daß sie der Mystische Leib des Herrn und das Volk Gottes ist, in den Mittelpunkt gestellt werden. In der modernen Psychologie spielt die Gattung seelischer Phänomene, die man mit den Begriffen Schock, Trauma, Frustration, Nicht-Erfüllung usw. benennt, eine sehr bedeutende Rolle. Sie will auch von der religiösen Erziehung beachtet werden. Die Entwicklung im Kindesalter vollzieht sich unter unvermeidlichen Spannungen zwischen den affektiven Neigungen der vergehenden und den Notwendigkeiten der heraufkommenden Lebensphase. Was sich für die Erziehung daraus ergibt, kann man in den kurzen Satz fassen: „Ein Kind muß glücklich sein. Aber es darf sich nicht an sein gegenwärtiges Glück gewöhnen“ (159). Das enttäuschte oder tyrannisierte Kind und das verwöhnte Kind haben es gleich schwer, sich an das wechselvolle Leben zu gewöhnen und vor allem den christlichen Grundgedanken der Vergänglichkeit, des Sterbens und Werdes, das christliche Mysterium der Vollendung durch den Tod so einzuüben, daß sie damit wirklich

fertig werden. Diese Erziehung vollzieht sich vielleicht noch mehr als jede andere durch Gewöhnung, die Gewöhnung daran, daß jede konkrete Art der Befriedigung von Bedürfnissen schließlich überschritten und in gewissem Sinne überwunden und vergessen werden muß. Uralte christliche Lebens- und Erziehungsweisheit wird in der modernen Psychologie bestätigt, wenn diese auch betont, daß das Klima der Härte und Entbehrung ebenfalls schädlich ist. — Das sind einige Hinweise auf den Zusammenhang zwischen Psychologie und Grundbegriffen christlicher Existenz.

Die religiöse Erziehung, die sich an das Vorbild anlehnt, das Gott im Alten Testament durch die Erziehung des Volkes Israel gegeben hat — Oraison widmet ihrer Betrachtung einen eigenen Abschnitt —, ist unter psychologischen Gesichtspunkten Erziehung zu seelischem Gleichgewicht. Dieses Gleichgewicht ist niemals für immer gesichert. Es muß immer neu gewonnen werden dadurch, daß der Mensch sich selbst überschreitet, nicht in verkraampftem Wollen, sondern in der Erkenntnis und Anerkennung der Wirklichkeit, die nicht er selbst ist und mehr enthält als ihn selbst. Die innerste Dynamik des menschlichen Lebens besteht in dem Streben auf ein Absolutes hin. Aber der Mensch neigt auch ständig dazu, dieses Absolute vorwegnehmen zu wollen und sich dadurch von der Wirklichkeit zu isolieren. Er entgeht dieser Gefahr nur dann, wenn er „die Freude des Lebens in dieser Zeit kennengelernt hat, aber in ihrer wirklichen Dimension — wertvoll zugleich und ungenügend... Wer den Engel spielen will, wird zum Tier“ (186/187). Die Erziehungsmethoden unserer Zeit spiegeln die Diskontinuität wieder, die so sehr bezeichnend für unser Leben ist. Man lenkt die intellektuellen Fähigkeiten immer einseitiger auf die technische Beherrschung der Welt hin, und man peitscht das Wollen des Menschen auf zu dem Zweck, daß er seinen Anteil daran erreiche. Im Leben zu reussieren, das wird hingestellt als eine Sache exakter Kenntnisse und Examina und beständiger höchster Willensenergie. Man unterschlägt dabei die einfachste und wichtigste Tatsache, nämlich, daß der Mensch von Natur aus dazu bestimmt ist, aus sich selbst heraus- und in personale Beziehungen hineinzuwachsen, daß er — mit einem Wort — zur Liebe bestimmt ist, ein Ziel, das er erst jenseits dieser Welt endgültig zu erreichen vermag.

## Fragen des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens

### Der SPD-Parteitag in Stuttgart und sein Echo

Selten ist nach 1945 eine Konferenz der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands mit soviel grundsätzlichen Bemerkungen eingeleitet und mit Hoffnungen auf eine Neubesinnung verbunden worden wie der Stuttgarter Parteitag vom Mai dieses Jahres. Über die im Verlauf dieser vorbereitenden Diskussion vertretenen Meinungen haben wir (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 378 ff.) bereits berichtet. Schon zu diesem Zeitpunkt ließ sich absehen, daß nur wenig Aussichten bestanden, die Zustimmung des Parteitages für eine wirkliche Neubesinnung zu erhalten.

Es ist aufschlußreich, außer den damals bereits zitierten

Äußerungen noch auf einige SPD-Veröffentlichungen hinzuweisen, die unmittelbar vor dem Parteitag, insbesondere in der Zeitschrift „Die Neue Gesellschaft“ erschienen sind. Unter diesen sind der Artikel von Erich Ollenauer „Stuttgart — Parteitag der Klärung“ („Die Neue Gesellschaft“, 5. Jhg., S. 167 ff.) und der Beitrag von Herbert Wehner „Schwerpunkte sozialdemokratischer Politik im geteilten Deutschland“ (a. a. O. S. 209) von besonderer Bedeutung. In beiden Veröffentlichungen wurde zunächst einmal ein umfangreicher Katalog aktueller politischer Fragen vorgelegt, der den Verdacht aufkommen ließ, daß es zu einer Grundsatzdebatte auf dem Parteitag selbst kaum kommen werde. Die Tagesordnung für Stuttgart legte dann den Verdacht nahe, daß auch vom Vorstand weit größerer Wert auf die Behandlung der aktuellen politi-

schen Probleme gelegt wurde. Hinzu kam, daß die SPD auf die Atomtod-Kampagne große Hoffnungen für einen öffentlichen Stimmungsaufschwung gesetzt hatte. In dem bereits erwähnten Artikel, der eine Vorschau auf den Parteitag sein sollte, schrieb Ollenhauer, nachdem er sich ausführlich mit der Frage der atomaren Aufrüstung befaßt hatte: „Allein die Auseinandersetzung mit diesen aktuellen Problemen gäbe dem Stuttgarter Parteitag ein erhebliches Gewicht. Wir wollen aber darüber hinaus in Stuttgart den Versuch unternehmen, unsere Politik noch besser zu fundieren und unsere Organisation zu stärken... Der Aufgabenkreis ist weit gespannt. Wir werden in Stuttgart die erste Beratung eines Grundsatzprogramms für die SPD vornehmen. Man hat hier und da Bedenken geäußert, ob es zeitlich und sachlich zweckmäßig sei, eine so schwierige Aufgabe jetzt in Angriff zu nehmen. Wir sind aber hier zunächst einmal durch den Beschluß des Münchener Parteitages hierzu gebunden...“ Diesem Zitat folgt die wenig überzeugende Darlegung einiger „innerer“ Gründe, vor allem der Hinweis darauf, daß die Wandlungen der letzten 30 Jahre ein neues Grundsatzprogramm notwendig machten. Der Zweck eines solchen Programmes wird in folgenden Sätzen angedeutet: „Wir sollten aber in absehbarer Zeit zu einem solchen Beschluß kommen, denn eine Partei wie die Sozialdemokratie, die ja keine Interessenten- und keine Interessenpartei sein will und sein kann, braucht zu ihrer Willensbildung und für ihre politische Tagesarbeit neben dem Aktionsprogramm und neben Wahl- oder Regierungsprogrammen eine theoretische Fundierung ihrer Ansichten und Vorstellungen.“ Die hier zwischen den Zeilen vertretene Anschauung, daß ein Programm eigentlich nur die theoretische Fundierung der im Kern der Partei ohnedies vorhandenen gemeinsamen Überzeugung sei, wird bei der Behandlung des Parteitages selbst noch deutlicher nachweisbar sein. Ebenso teilnahmslos wie Ollenhauer äußert sich Herbert Wehner zu der laut Tagesordnung vorgesehenen Programmdiskussion: „Wenn der Stuttgarter Parteitag der SPD beschließen wird, den Entwurf eines Grundsatzprogramms in der Mitgliedschaft zur Diskussion zu stellen, dürfte es sich herausstellen, daß die SPD lange und tiefgehende Diskussionen durchzustehen haben wird, ehe es gelingen kann, das Grundsatzprogramm auf einem nächsten Parteitag zur Annahme zu bringen. In einer solchen Diskussion ist viel zu bewältigen. Sie kann schwerlich ohne eine Serie besonderer Schriften zur Programmdiskussion durchgeführt werden.“ Es wird sogar auf die rein physische Belastung der Partei, die noch fünf Landtagswahlen durchkämpfen müsse, hingewiesen und vor dieser „Arbeit“ vor einer Neubesinnung gewarnt: „Es wird nicht leicht sein, zu verhindern, daß wir uns zersplittern oder daß wir gewissermaßen in Arbeitssparten zerfallen, die versuchen, die alltäglichen Aufgaben zu bewältigen, während von kleineren Kreisen eine Art Programmdiskussion geführt wird. Laufen wir nicht Gefahr, uns in der Werkelei des parlamentarischen und außerparlamentarischen Betriebs zu verbrauchen? — Wobei uns die Gegner das Gesetz des Handeln aufzwingen, während wir kaum noch imstande sind, nach einem einigermaßen klaren strategischen Plane vorzugehen! Wir brauchen eine Rationalisierung unserer Arbeit, dazu bedarf es einer Orientierung auf Schwerpunkte unserer Politik.“ Neben diesen Versuchen, den Reformwillen von den grundsätzlichen Ansätzen auf die Zweckmäßigkeitsfrage zu lenken, um

die sichtbar gewordenen Spannungen mit dem Hinweis auf die notwendige Schlagkraft und Geschlossenheit der Partei zu entschärfen, war auch in anderen SPD-Publikationen bereits klar ausgesprochen, daß das Ziel der Reform war, wieder eine Attraktion auf die Wähler auszuüben. In diesem Sinne schrieb der „Vorwärts“ vom 16. Mai: „Die Partei wird den Kampf nur gewinnen, wenn sie zur Konsequenz und zur Härte entschlossen ist, daß Kompromisse in Formulierungen oder hinsichtlich Personen... auf lange Sicht die Schlagkraft der Partei nur verringern können.“ Ähnlich äußerte sich die „Neue Rhein-Zeitung“ (SPD) in ihrer Vorschau auf Stuttgart: „Würgt man auch diesmal wieder alle Kräfte ab, die der SPD eine stärkere Anziehungskraft verleihen wollen, dann werden die Sozialdemokraten die Opposition als politisches Schicksal ertragen müssen, dann wird die Bundesrepublik ein Staat der CDU werden...“ Daß diese Attraktion auf dem Wege nach „links“ zu suchen war, hatte Wehner unmißverständlich in dem bereits erwähnten Artikel in „Die Neue Gesellschaft“ ausgesprochen: „Die SPD muß jeden ansprechen, wenn es um die Bewahrung des Friedens geht. Sie muß auch auf jedermanns Fragen und Sorgen sozialdemokratische Antworten zu geben suchen, wenn es sich um den Frieden, die Freiheit und die soziale Gerechtigkeit handelt. *Aber die Sozialdemokratische Partei darf nicht zu einer Jedermannspartei im Sinne einer verbilligten Volksausgabe der CDU werden*“ (im Orig. gesperrt).

#### *Mißglückte Uraufführung*

Die Eröffnung des Parteitages stand unter mehreren ungünstigen Eindrücken. Die internationale Eröffnungskundgebung auf dem Stuttgarter Marktplatz war in ihrer Aufmachung im Grunde wenig von sonstigen größeren Atomtodversammlungen unterschieden. Sie sollte wohl ein Musterfall sein. Aufmärsche mit Fahnen, Musikkapellen und Transparenten waren Einleitung und Auftakt für das groß angelegte Ereignis. Selbst das Aufgebot einer internationalen Rednerprominenz wie des Führers der britischen Labour-Party, Hugh Gaitskell, des Vorsitzenden der sozialistischen Internationale, Basing Anderson, und des Vizekanzlers und Führers der SPÖ, Dr. Bruno Pittermann, konnte wenig dazu tun, die außerparlamentarische Aktion der SPD wirksam zu unterstützen. Durch die Hinweise der Gäste auf die bedrohliche Weltsituation und die Verantwortung der Sozialisten Europas steuerten sie eher dazu bei, den zehntausend Hörern eine Ahnung von der Isolierung der SPD innerhalb der sozialistischen Internationale mit auf den Weg zu geben. Die Abendvorstellung in der Liederhalle brachte die vom Vorstand in Auftrag gegebene Uraufführung der „Atomkantate“ von Günther Weisenborn. Die ganze Aufführung war ein krampfhafter Versuch, Karl Marx und das Göttinger Manifest der 18 Professoren in das Stilmittel des „sozialistischen Realismus“ zu pressen. In dieser Kantate wurde nicht nur Katastrophe mit „f“ geschrieben und „Strontium 90“ gesungen. Selbst auf den Funktionärskörper der Partei wirkte Weisenborn mehr deprimierend als aufstachelnd. Die Presse empfand die Aufführung als eine Zumutung. Die sonst nicht ablehnende Tageszeitung „Die Welt“ (Bericht von Joachim Besser vom 20. 5.) schrieb hierzu eine bissige Glosse unter der Überschrift: „Wenn man Strontium 90 singt — Unglücklicher Beginn des SPD-Parteitages“. Die SPD-nahen Zeitungen ver-

schwiegen verschämt diese mehr als stilistische Entgleisung.

Das unter Punkt 2 der Tagesordnung vorgesehene Eröffnungsreferat des Parteivorsitzenden, dem bisher stets die Aufgabe zufiel, Thematik und Bedeutung der Beratungen zu umreißen, konnte die Delegierten weder überzeugen noch aus ihrer Niedergeschlagenheit lösen. In der Diskussion wurde es kaum behandelt. Es war mehr als bezeichnend, daß Carlo Schmid glaubte, die Diskussion mit einem emphatischen Aufruf an die Delegierten eröffnen zu müssen, indem er von der Arbeiterschaft als dem „Motor für den Brückenschlag zwischen Heute und Morgen“ sprach und die Delegierten damit tröstete, daß die SPD für sich in Anspruch nehmen dürfe, der Nachkriegspolitik die wesentlichsten Impulse verliehen zu haben, wenn sie auch numerisch nicht Sieger geworden sei. Die SPD sei keine Partei mit weltanschaulichen Dogmen, sondern ein „humaner Impuls“ (vgl. „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 20. 5. 58). Ollenhauer sah sich in seinem Schlußwort zu der Äußerung veranlaßt: „Mancher spricht vielleicht saftiger und volksnäher, als ich es in der Lage bin zu tun“, den Vorwurf der Leisetreterei jedoch lasse er sich nicht machen.

Die SPD-Richtungszeitung „Neue Rhein-Zeitung“ (NRZ) überschrieb einen Artikel vom 20. Mai: „Delegierte in Stuttgart wünschen kein Mittelmaß“. In dem Vorspann zu diesem Bericht der SPD-Journalistin Hilde Purwin heißt es: „Die spürbare Unruhe unter den 300 Delegierten des Stuttgarter SPD-Parteitag gilt nicht der ersten Rede Ollenhauers. Sie gilt auch nicht den überraschend wenigen Diskussionsbeiträgen zu dieser Rede. Was die Delegierten in Stuttgart am meisten beschäftigt, sind die bevorstehenden Wahlen zum Parteivorstand. Wir wollen eine Parteispitze, die nach außen wirkungsvoll, nach innen stark ist — das ist uns wichtiger als jeder Kompromiß, tönt es aus der Unterhaltung der Delegierten.“

Das Fazit des ersten Tages, soweit es in der westdeutschen Presse einen Niederschlag gefunden hat, war die Bekräftigung des „Nein“ gegenüber der Verteidigungspolitik der Bundesregierung, die rednerische Bewältigung dessen, was Günther Weisenborn dichterisch nicht gelungen war. Es wurde zwar auch gleichzeitig ein Bekenntnis zur Landesverteidigung ausgesprochen, dem jedoch wenig Überzeugungskraft innewohnt, wenn man den Berichten über diesen Parteitag glauben soll. Im Vordergrund stand außerdem die Forderung nach der Sozialisierung des Bergbaues. In der entsprechenden Resolution wurde jedoch Wert auf die Erklärung des hierfür verwandten Begriffes „Überführung in Gemeineigentum“ gelegt. Laut Bericht der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 20. 5. 58 („Ollenhauer dämpft die Radikalen“) will der SPD-Parteivorstand festgestellt haben, daß die Überführung in Gemeineigentum die kleinen Eigentümer nicht betrifft: „Gemeineigentum müsse an die Stelle des Privateigentums treten, wenn dieses seine gesellschaftliche Funktion nicht erfülle. Das Privateigentum der Millionen kleiner und mittlerer Unternehmungen, bei denen das Eigentum nicht die Grundlage wirtschaftlicher Macht, sondern die Voraussetzung ihrer Selbstbehauptung sei, werde nicht angetastet, sondern gefördert werden.“

Die äußerst schwierige Frage, wann die gesellschaftliche Funktion des Eigentums nicht mehr erfüllt ist, wo also die Sozialisierung beginnt, wurde trotz der temperamentvollen Rede von Dr. Deist nicht überzeugend dargestellt.

Die Bezugnahme auf den früheren sozialdemokratischen Wirtschaftspolitiker Hilferding ließ zunächst aufhören, da hier, ausgehend von den Rechten der freien Persönlichkeit, die Autonomie der wirtschaftlichen Gesellschaftssphäre verteidigt wurde. Im Lichte der Deutung des Sozialismus, wie sie in Stuttgart vorgetragen wurde, verwundert es jedoch nicht, daß trotzdem die Sozialisierung der Grundstoffindustriengefordert wurde. Es ist in diesem Zusammenhang wichtig, festzuhalten, daß diese Grundhaltung auch in den noch zu behandelnden Vorschlägen Wehners zur Wiedervereinigung eine wesentliche Rolle spielt, dort nämlich, wo er davon spricht, daß auch vom Wirtschaftlichen her die Wiedervereinigung keine bloße Eingliederung der Ostzone bedeuten kann.

Einige Verwunderung mußte die Tatsache auslösen, daß die SPD-Führung nur mit Mühe einen Resolutionsantrag abmildern konnte, in dem den Franzosen das Recht, Algerien als ein Teil Frankreichs zu sehen, abgesprochen werden sollte. Nur durch den persönlichen Einsatz Ollenhauers, der auf die Gespaltenheit der französischen Sozialisten in dieser Frage hinwies, konnten die scharfen Formulierungen unterbleiben.

#### *Das Ringen um den Vorstand — die verschobene Reform*

War schon in der Diskussion vor dem Parteitag die Frage der personellen Besetzung des Vorstandes Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen, so blieb auch in Stuttgart vom ersten Tage an diese Frage vorherrschend. Die unmittelbare Berichterstattung der Presse hatte bereits darauf hingewiesen, daß sowohl ein vier- als auch ein dreiköpfiger Vorstand inoffiziell diskutiert wurden. Neben Ollenhauer standen Erwin Schoettle, Herbert Wehner, Waldemar von Knoeringen und Carlo Schmid zur Diskussion. Die starke Position Wehners war mit auf die Tatsache zurückzuführen, daß Erwin Schoettle aus Krankheitsgründen nicht kandidieren konnte. Da Carlo Schmid keine Gelegenheit ausließ, was von seinen Freunden als befremdlich vermerkt wurde, seine innere Übereinstimmung mit Herbert Wehner zu dokumentieren, war es für die Delegierten nicht mehr einsichtig, warum Carlo Schmid neben Wehner noch für die Parteispitze kandidieren sollte.

In einer getreuen Spiegelung der Stimmung auf dem Parteitag selbst ist in der Presse das Hervortreten Herbert Wehners als der Höhepunkt des Parteitages bezeichnet worden. Für den aufmerksamen Beobachter war bereits vor seinem Zusammentreten ersichtlich, daß die Tendenz der Delegierten und damit des Funktionärskörpers der Partei nach links geht. Überblickt man den gesamten Verlauf des Parteitages, so wird klar, daß es voreilig wäre, zu behaupten, der Parteitag habe diesen Schritt nach links vorbehaltlos getan. Die Neubesinnung ist in Stuttgart nicht versucht worden, aber der aktive Stamm der SPD-Funktionäre hat mit der Neuwahl des Vorstandes einen neuen Kompromiß gefunden. Er hat sich weder ganz für Wehner noch ganz für den anderen Weg entschieden. Sein Verständnis einer Reform der Partei erwies sich als rein funktional, d. h., die Reform ist auf einen Wechsel in der Parteispitze zusammengeschumpft. Statt sich aber bei diesem Rekurs auf die reine Funktionalreform für links oder rechts zu entscheiden, verfielen die Delegierten wieder auf den Aufschub. Die darin auch zum Ausdruck gekommene Rebellion gegen Ollenhauer, die von Anfang an spürbar war, war

weniger eine Rebellion gegen seine Ausgleichsrolle, mehr war sie ein Protest gegen sein Mittelmaß. Der neue Kompromiß heißt: Statt des Ausgleiches im Mittelmaß sind die prononcierten und potenten Vertreter des linken und des rechten Flügels mit gleichen Vollmachten ausgestattet. Mit Wehner und Waldemar von Knoeringen sind die Vertreter der Konzeption von Marx und Lassalle gleichzeitig im Vorstand. Sicher kann nicht geleugnet werden, daß Wehner großen Einfluß auf die Partei ausübt. Der Richtungskampf ist damit aber de facto nicht entschieden. Das Aufatmen der Delegierten, endlich jenen starken Mann nach innen und den Repräsentanten nach außen gefunden zu haben, hat zwar mit dazu geführt, daß das Programm nicht mehr diskutiert wurde, es war aber auch das Bewußtsein zu spüren, der geforderten Entscheidung nicht auf Dauer entronnen zu sein.

Für die Beurteilung dieses Vorganges ist zudem zu bedenken, daß die beiden Stellvertreter Ollenhauers die Gewähr dafür zu bieten scheinen, daß endlich die ermüdende Parteiroutine überwunden wird, die seit dem Tode Schumachers die SPD in gewissem Sinne gelähmt hat.

#### *Die Sublimation des Marxismus*

Der Verlauf der Diskussion um den von Willi Eichler erläuterten Entwurf eines neuen Grundsatzprogramms konnte den Eindruck entstehen lassen, als ob die Reformbereitschaft der SPD unter den Klängen der Atomtodkampagne erstorben sei. Von den 26 Diskussionsrednern zum Programm wurden im wesentlichen Bedenken vorgebracht. Es verlohnt nicht, auf diese im einzelnen einzugehen. Wer das Schicksal von Grundsatzdiskussionen vor großen Versammlungen kennt, wird zweckdienliche und profunde Gedankengänge in Stuttgart nicht erwartet haben können. Aufschlußreich sind jedoch die Äußerungen einiger prominenter Persönlichkeiten, denen im Hinblick auf die vor dem Parteitag geführte Diskussion besondere Bedeutung zuzukommen schienen. Gerade im Verlauf der Programmdebatte enttäuschte Carlo Schmid alle jene, die unter seiner Führung oder Mithilfe die Öffnung der SPD nach rechts erwartet hatten. Sein Beitrag war ein wenig überzeugender Versuch, die Argumente der „Volksparteiler“ mit den Wehnerschen Vorstellungen zu synchronisieren. Wie der „Vorwärts“ vom 30. Mai berichtet, betonte Carlo Schmid, „daß die Beschlußfassung über ein Programm, das den Namen Grundsatzprogramm verdiene, sehr viel Arbeit verlange und den Mut, Dinge anzufassen, die stachelig und dornig sind, den Mut, mit manchen lieb gewordenen Vokabeln Schluß zu machen, aber auch den Mut zum Radikalismus“. Zu dem Vorwurf der politischen Gegner, die SPD sei eine Klassenkampfpartei, sagte Carlo Schmid, er gehöre zu denen, die die Klassen auch heute noch für eine Realität hielten. Was man den Klassenkampf der Arbeiter nenne, sei einfach das Sich-zur-Wehr-Setzen gegen den Klassenkampf von oben gewesen, nicht aus Haßgefühlen, sondern um die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß das Wort von der Brüderlichkeit nicht eine bloße Deklamation bleibe.

Mit diesen und ähnlichen Äußerungen hat Carlo Schmid seine Freunde enttäuscht, ohne für den linken Flügel überzeugend zu wirken, so daß sich die Stimmen mehren werden, die bereits im „Vorwärts“ vom 10. 1. 58 zu vernehmen waren: „Prof. Schmid ist ein viel zu gebildeter Mann, als daß er nicht ein richtiges sozialistisches Programm vertreten könnte, wenn es eben deshalb seine

intellektuelle, gesellschaftskritische Faszinationskraft ausstrahlt.“

Die Programmkommission selbst hat sowohl auf als auch nach dem Parteitag eine etwas klägliche Rolle gespielt. Ihre Verteidigung des vorgelegten Entwurfes war ein einziges — allerdings im Effekt fruchtloses — Bemühen, das Ohr des Parteitages zu finden. Prof. Weißer, Köln, einer der Väter dieses Entwurfes, meinte in der Diskussion („Vorwärts“, 30. 5. 58), die Lücken im System von Karl Marx hätten die Wirkung gehabt, „daß die Sozialdemokraten in den gesinnungsmäßigen Grundentscheidungen zwar gefühlsmäßig übereinstimmten, aber darüber in tausend verschiedenen Zungen redeten“. Selbst dieser Minimalvorsatz, mit Hilfe des Programms nicht mehr als eine allgemeine Sprachregelung für das gemeinsame Empfinden zu schaffen, mißlang. Im Grunde hat diese Tatsache die Programmkommission tief erschüttert. Eichler schrieb unter dem Eindruck dieser Vorgänge in der Julinummer der Zeitschrift „Die Neue Gesellschaft“ (5. Jhg., S. 250 ff.): „Diejenigen, die versucht haben, den Entwurf eines Grundsatzprogramms zu erarbeiten, waren sich dieser Schwierigkeiten und möglichen Einwände bewußt. Aber sie sind für jedes Programm die gleichen: Wir können nicht alles wissen, auch nicht alles verstehen und nicht alle Konsequenzen unseres Handelns für alle Zukunft voraussehen. Das gilt für *alle* Menschen und für *alle* Zeiten . . . Von Lessing stammt das schöne Wort: ‚Nicht die Wahrheit, die jemand gefunden hat oder gefunden zu haben glaubt, sondern die aufrichtige Mühe, die jemand aufgewendet hat, um hinter die Wahrheit zu kommen, machen den Wert des Menschen.‘“

Der Trost bei Lessing beweist mehr als alle Berichterstattung über Stuttgart, daß die von der Programmkommission entwickelten Vorstellungen ohne Echo geblieben sind.

#### *Von der Revolution zur Volkserziehung*

Es ist ein eigenartiges Phänomen, daß die Formulierungen des Programmentwurfes selbst und die Äußerungen, die nach dem Parteitag von führenden SPD-Leuten über den zukünftigen Weg gemacht wurden, immer deutlichere Züge eines tiefen Mißtrauens gegenüber der heutigen Gesellschaft tragen. Das Programm enthält kaum eine Stelle, in der nicht vom Mißbrauch der Freiheit die Rede ist. Trotz seiner gewollt grundsätzlichen Überlegungen lebt es von der Beweisführung, wie notwendig ein gegenseitiges Kontrollsystem ist, um alle die möglichen Mißbräuche zu verhindern. Diese Einstellung ist entweder eine Folge des Versuches, alles und jedes zu reglementieren, oder die Reglementierung ist der Ausfluß des Mißtrauens gegenüber der gesellschaftlichen Freiheit. Im Programmentwurf wird ständig versucht, diesen Raum der Freiheit zu definieren, was darauf hinausläuft, sie zu verordnen, wodurch sie zumindest ein Charakteristikum der Freiheit verliert. Sosehr das dauernde „Wenn und Aber“ die Delegierten geschreckt haben mag — durchgefallen ist dieser Entwurf sicher nicht, um ein freimütigeres Bekenntnis zu dieser menschlichen Freiheit abzulegen, die gewissermaßen außerhalb der Ordnungsfunktion und -aufsicht einer sozialistischen Demokratie liegen müßte. Die Stuttgarter Beratung hat stattdessen die äußerst erstaunliche Definition des Begriffes „Sozialismus als Aufgabe“ offenbar gemacht. Demnach wird der Sozialismus als volkspädagogische Aufgabe definiert. So hat sich denn in einer etwas überraschenden Wendung der klassen-

kämpferische Elan zum volkspädagogischen Eros gewandelt. Ganz in diesem Sinne äußert sich Eichler in dem bereits erwähnten Artikel der Zeitschrift „Die Neue Gesellschaft“ (5. Jhg., 9. Heft): „Eine sozialistische Partei, die den Menschen frei machen und um der Gerechtigkeit willen politisch und pädagogisch wirken will, muß durchdenken, wissen und sich vornehmen, was *diesem* Ziel am meisten dient. Sie strebt natürlich auch nach Macht, denn ohne Macht läßt sich überhaupt nichts gesellschaftlich verwirklichen.“ Es geht über den Rahmen dieser Untersuchung hinaus, das seltsam zwiespältige Verhältnis der SPD zur Macht näher zu beleuchten. Aber auch in Stuttgart hat sich gezeigt, daß das Verhältnis der Sozialdemokratie zur Macht im höchsten Maße gestört ist. Sie begehrt diese Macht in dem Maße, in dem sie sie verdächtig findet, und verdächtig findet sie die Macht, weil sie von ihr nicht ausgeübt wird. Im Grunde genommen ist Wehner deshalb so groß von seiner Partei gefeiert worden, weil man ihm zutraut, mit der Macht umzugehen. Die in und nach Stuttgart bekanntgewordene Variante der Reform, der Weg vom Klassenkampf zur politischen Bildung, läßt vermuten, warum das Programm zu großen Teilen aus Selbstrechtfertigungen besteht, aus einer Beschwörung der Geschichte der Arbeiterbewegung unter der Führung der SPD. Die Hinweise auf die nicht nur historisch bedingte, sondern im Grunde absolute Richtigkeit dieses Weges ist der Hintergrund für die Behauptung, daß auch die heutige Situation nur durch die Verwirklichung des Sozialismus gelöst wird. Der Kampf der Arbeiterklasse, von deren Selbstbewußtsein und gesellschaftsbildender Kraft sehr viel gesprochen wurde, wird heute verstanden als Eroberung der Gesellschaft auf dem Wege der Umerziehung. Demokratie ist nach dieser Meinung weniger das freie Spiel vorhandener Kräfte als vielmehr Kontrolle und Erziehung hin zur sozialistischen Gesellschaft. So äußert sich unmißverständlich Willi Eichler, der Vorsitzende der Programmkommission: „Der demokratische Sozialismus nimmt die Demokratie nicht nur als Staatsform ernst. Es darf keine eigenständigen Machtgebilde politischen und wirtschaftlichen Gepräges geben, die den Staat ihren Sonderinteressen dienstbar machen. Sie sind eine tödliche Gefahr für die Freiheit und Gerechtigkeit und damit auch für Bestand und Glaubwürdigkeit einer demokratischen Ordnung. Wer Macht ausübt, muß sich eine wirksame Kontrolle durch Organe gefallen lassen, die dem ganzen Volk verantwortlich sind.

Demokratische Kontrolle ist wirksam nur möglich, wenn die Menschen von der Familie über die Schule bis in die Erwachsenenbildung hinein *politisch gebildet* werden. Unabhängig davon hat jeder Mensch ein Recht auf eine Bildung, die seinen Fähigkeiten und Neigungen entspricht. Das Bildungsmonopol ist endgültig und völlig zu beseitigen.

Das gesellschaftliche Leben wird zunehmend organisiert und technisiert, die Bürokratisierung unseres Lebens nimmt zu. Die demokratische Kontrolle muß durch eine Erziehung gestützt werden, die darauf ausgeht, daß Würde und Freiheit des Mitmenschen freiwillig respektiert werden. Kontrolle und Erziehung müssen einander ergänzen“ (Die Neue Gesellschaft 5. Jhg., S. 254/55).

Es spricht viel dafür, daß sich die Partei auf diesen Weg einigen kann. Hier ist eine Möglichkeit gefunden, die radikalen Vorstellungen der klassenkämpferischen Linken mit den sublimiert-marxistischen Vorstellungen der nach

rechts Tendierenden zu vereinigen. Vor allem gestattet diese Art der Definition des Sozialismus den lückenlosen Anschluß an Karl Marx, der nun endlich wieder zu Ehren kommen kann. Damit wird auch die alte Tradition der Sozialdemokratie erneut bestätigt, nach welcher Reformen zwar immer diskutiert werden, aber nur dann Annahme finden, wenn sie die Kontinuität der Partei nicht unterbrechen. Auf diese Weise ist zwar für die „Lücken im System von Karl Marx“ jene Sprachregelung getroffen, die die „gefühlsmäßige Übereinstimmung der grundsätzlichen Entscheidungen“ ermöglicht, der Bruch gegenüber der Gesellschaft und deren Fortentwicklung ist jedoch nicht beseitigt.

Weitgehend übereinstimmend mit diesen vornehmlich von Willi Eichler formulierten Anliegen sind die Bemerkungen Waldemars von Knoeringen zu werten. Auch bei ihm ist das Bemühen sichtbar, die Sozialdemokratie als den Pädagogen für die kommende Gesellschaft zu definieren. Bei diesen Rednern läßt sich der Eindruck nicht verwischen, daß sie nichts weiter tun, als in der marxistischen Theorie die Revolution durch die Pädagogik auszuwechseln. In der Terminologie Arndts und von Knoeringens heißt das: Lebte im alten Marxismus die Einstellung, daß der Mensch das Objekt des gesellschaftlichen und geschichtlichen Prozesses sei, so ist der moderne Sozialismus der Auffassung, daß der Mensch das Objekt der Erziehung ist. Interessanterweise jedoch wird dies in den Argumentationen so dargestellt, als ob der Mensch vom Objekt, das er de facto in beiden Formen des Sozialismus bleibt, zum Subjekt der Geschichte erhoben wird. Die hierfür verwandte Formel heißt: „Der Mensch kommt zu sich selbst.“

#### *Durch Erziehung zum Sozialismus*

Gerade darüber wurde in Stuttgart außerordentlich viel gesprochen. Waldemar von Knoeringen drückt dies wörtlich so aus: „Die Hebung des Menschen vom Objekt zum Subjekt vollzieht sich nicht automatisch im Geschichtsprozeß, sie muß gewollt sein, sie muß bewußt herbeigeführt werden. Der einzige Weg dazu ist eine gigantische Anstrengung der Gesellschaft im Bereich der Erziehung, der Menschenbildung und durch die Ausweitung unseres Wissens vom Menschen und von den ... Gesetzen der Gesellschaft.“ Über diesen Weg wird für Waldemar von Knoeringen der Begriff der Kultur zum Zentralbegriff des Sozialismus. Er begann seine Rede mit folgenden Sätzen: „Um allen möglichst verständlich zu sein, möchte ich die Schlußfolgerung meines Vortrages vorwegnehmen. Es geht mir darum, dem Parteitag die Einsicht nahezubringen, daß in der gegenwärtigen Phase unserer Entwicklung dem Begriff ‚Kultur‘ im weitesten Sinne eine neue und entscheidende Bedeutung sowohl in der sozialistischen Programmatik als auch in der praktischen Politik zukommt. Kulturpolitik darf nicht etwas sein, was ‚auch‘ zu unseren Interessen gehört, sondern sie ist für die kommenden Jahre und Jahrzehnte — zumindest im westlichen Teil der Welt — das eigentliche Feld der Bewährung. Auf ihm fallen die Entscheidungen, ob die Freiheit in der technischen Zivilisation bestehen kann und welche Richtung die menschliche Geschichte nehmen wird. Kulturpolitik wird zur Kernfrage des demokratischen Sozialismus. Darüber gilt es zu sprechen.“

Obwohl auch Adolf Arndt in seiner Rede den Weg von der Selbstentfremdung zur Selbstverwirklichung im Bereich der Kultur sieht, ist seine Auseinandersetzung weit

tiefer angelegt. Der „Vorwärts“ überschrieb sein Referat mit dem Titel: „Der freie Mensch und die Gesellschaft“. Arndt ging es vor allem darum, nachzuweisen, daß die SPD keine Weltanschauungspartei sein soll und will, daß sie aber bestimmte Grundwahrheiten zum Ausgangspunkt ihrer Programmatik machen muß. Er beleuchtete in diesem Zusammenhang einige dieser Grundwahrheiten, die für den Aufbau der Gesellschaft von Bedeutung sind und denen er die Kraft zuschreibt, aus der Bevölkerung eine Gesinnungsgemeinschaft zu machen. „Die Sozialdemokratie kann auch keine Partei bloßer Zweckmäßigkeit oder leeren Machtstrebens sein, sondern sie muß ihren Sinn in der Gemeinsamkeit politischer Überzeugungen als eine Gesinnungsgemeinschaft finden, die sich in ihren Zielen auf die Wahrheit und die Wirklichkeit bestimmter Werte gründet, weil eine Verleugnung dieser Werte das Gelingen einer Gesellschaftsstruktur und einer Kulturstaatlichkeit unmöglich macht. Es genügt nicht mehr, als solche Werte namentlich Freiheit und Gerechtigkeit zu nennen, seit diese Worte leere Formeln und Tarnbegriffe werden. Erforderlich wird sein, den für den demokratischen Sozialismus kennzeichnenden Freiheitsbegriff zu entwickeln und genauer zu sagen, wie die Freiheitlichkeit ist, die eine Gesellschaft und ihren Staat sozialistisch prägt“ (Vorwärts, 30. 5. 58). Damit grenzt er wie von Knoeringen den Sozialismus ab von dem Relativitäts-„glauben“ des dialektischen Materialismus, und er stärkt die Position jener, die glauben, das Menschenbild des Sozialismus gegenüber der verführten Menschheit von heute durchsetzen zu müssen. Ihm, wie auch Carlo Schmid (in seinem Beitrag zu der Programmdiskussion) scheint es wichtig, nachzuweisen, einmal, daß der Mensch zu sich selbst kommen muß, und zum anderen, wie dies zu leisten ist, wobei es für alle Redner in Stuttgart selbstverständlich schien, daß der Mensch, der zu sich selber kommt, auch zur SPD kommt. Dieses insulare Selbstbewußtsein hat die Partei innerlich gestrafft, aber auch von der Gesellschaft getrennt.

Insgesamt leuchtet aus diesen Vorstellungen klar auf, daß sich die SPD mit ihrer Auffassung über ein neues Grundsatzzprogramm unmögliche Aufgaben stellt. Sie will den „wirklichen“ Menschen definieren. Sie will beweisen, daß dieser ein sozialistischer Mensch sein wird, sie will den Weg hierfür aufzeigen und die politisch notwendigen Schritte finden und erklären. Nach Stuttgart bleibt der Eindruck, daß die SPD zwar eine Vergangenheit und auch eine Vision auf die Zukunft hat (wobei die Frage nach der Richtigkeit dieser Vision außer acht bleiben soll), daß sie aber keinen Standort im Kraftfeld der Gegenwart gefunden hat. Und gerade deshalb wird ihr für die Verwirklichung ihrer Zukunftsvision kaum eine Chance gegeben werden. Die Einsicht hierfür — und die Möglichkeit zu einer Änderung — mindert die SPD im gleichen Maße, in dem sie ihre missionarischen Vorstellungen dieser Gegenwart und der Gesellschaft gegenüber forciert.

Diese Störung gegenüber der heutigen Gesellschaft (vgl. auch Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 275 ff.) hat nicht nur das Programm und seine Begründung bestimmt, sondern führt auch in den politischen Gegenwartsfragen zu einer krampfhaften Suche nach dem „Dritten Weg“. Dieser „Dritte Weg“ ist der Versuch, aus den heute gestellten Alternativen herauszukommen. Mit anderen Worten: Die SPD unternimmt es, die Entschlußunfähigkeit in den

„gigantischen Versuch“ einer Totalreform des Menschen und der Gesellschaft umzudeuten, um die Unfähigkeit wie einen Entschluß erscheinen zu lassen. Wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (21. 5. 58) berichtet, betonte Wehner in seiner Rede, daß eine weitgehende Veränderung der sozialistischen Struktur die beste Weise sei, dem Kommunismus zu begegnen. Man müßte die Bundesregierung drängen, in dem Streben einer innerdeutschen Entspannung an die äußerste Grenze des Möglichen zu gehen. Man müßte alle nötigen Besprechungen mit den Behörden in der Zone führen, um die Lage der Deutschen in der Zone zu verbessern. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ überschreibt diesen Artikel bezeichnenderweise: „Durch Wiedervereinigung zum Sozialismus“.

Die „Neue Zürcher Zeitung“ (21. 5. 58) kommentiert diese Vorgänge mit folgenden Worten: „Wehner, unzweifelhaft eine der stärksten Persönlichkeiten der Partei, hat sich heute morgen mit einem außenpolitischen Grundsatzerferat empfohlen, das einer schwierigen Gratwanderung auf der brüchigen Kante der Koexistenzpolitik gleichkam. Er hielt zwar an der Verantwortlichkeit der vier Mächte für die Wiedervereinigung Deutschlands fest, ging aber in seiner Forderung nach ‚Fühlungnahme mit den Behörden der Sowjetzone‘ unter brausendem Applaus der Versammlung hart an die Grenze dessen, was unter dem Titel ‚Gespräch mit Pankow‘ bisher allen Parteien der Bundesrepublik unannehmbar schien. Er macht kein Hehl daraus, daß er den Kompromiß zwischen freier Wirtschaft und östlichem Sozialismus für möglich hält. Wehner sucht die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus auf die Ebene einer innerdeutschen Koexistenzpolitik zu verlagern. Er meinte, sich auf demokratische Weise mit dem Kommunismus auseinandersetzen heiße entsprechende sozialpolitische Strukturveränderungen vornehmen: das sei weit besser als die außenpolitische Konfrontation mit der bolschewistischen Ideologie. Der Gedanke an das Beispiel von Prag scheint in solchen Gedankengängen überhaupt keine Rolle mehr zu spielen, und der machtpolitische Weltbeherrschungsanspruch der bolschewistischen Vormacht wird mit einer polemischen Handbewegung gegen die ‚kalten Krieger‘ unter den Tisch gewischt.“

Mit dem Versuch, jenen Weg zwischen allen gegebenen Notwendigkeiten zu suchen, hat sich die Sozialdemokratie von der Gegenwart und damit letztlich von der Politik dispensiert und die „Erziehung des Menschengeschlechts“ zum Programmpunkt erhoben. Es mag auf diesem Weg noch mehrere geben, die dann Trost bei Lessing zu holen genötigt sind.

## Der Weltkommunismus in Zahlen

Die englische Zeitschrift „The World Today“ (London, Mai 1958) und die verdienstvollen „Ost-Probleme“ (Bad Godesberg, Nr. 13, 20. 6. 58), deren mögliche Einstellung zu bedauern wäre, veröffentlichten an Hand von Wahlergebnissen, parteiamtlichen Angaben und sachverständigen Schätzungen eine eindrucksvolle Bilanz über den quantitativen Stand des internationalen Kommunismus heute. Wir fassen diese Ergebnisse zusammen (vgl. Soziographische Beilage Nr. 4, Herder-Korrespondenz 10. Jhg., nach S. 176).

Es gibt im Jahr 1958 — ebenso wie 1935 — insgesamt 76 nationale kommunistische Parteien. 64 von diesen unter-